

# Sozioökonomische Entleerungen und identitätspolitische Aufladungen

Einige Aspekte der Regierungspolitik 2000 – 2006

Sieglinde Rosenberger

## 1. Einleitung

Politischer Wechsel der Regierung und der Regierungskoalition bringt Machtverschiebungen mit sich, das ist deren originärer Sinn und Zweck und entspricht demokratischen Grundprinzipien. Der Wechsel der Regierungsmacht realisiert sich im (partiellen) Austausch des politischen Personals (MinisterInnen und Teile der Ministerialbürokratie) und in der Verschiebung der Bedeutung und Einbindung politischer Netzwerke; der Wechsel mag sich weiters in spezifischen politischen Strukturen und in reformierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen niederschlagen (insbesondere wenn Parteien regieren, die historisch nicht der sozialpartnerschaftlichen Konsenskultur verpflichtet sind) und er artikuliert sich in Themenstrukturen, Problemwahrnehmungen und Lösungsansätzen. Wenn politische Parteien nicht beliebig austauschbar sind, dann liegt es auf der Hand, dass eine Regierungskomposition bestehend aus einer konservativen und einer rechtspopulistischen Partei sich anders akzentuiert als dies die Große Koalition aus SPÖ und ÖVP in den vergangenen Jahrzehnten praktizierte (Campbell 2002).

Dieser Beitrag wird sich mit Veränderungen im Politik- und Konfliktverständnis der Regierung seit 2000 sowie mit Verlagerungen von öffentlichkeits- und politikrelevanten Themenstrukturen beschäftigen. Die These lautet, dass die Regierungsparteien auf der Ebene kommunikativer Strategien und Praxen eine Entleerung des Politischen forcieren (Reform- und Sachzwangsrhetoriken) sowie auf der Ebene von *cleavages* (Spaltungen) verstärkt sozioökonomische Unterschiede ignorieren und Streitthemen auf der Achse national-kultureller Identitätsprobleme aufspannen (Interessens- versus Identitätspolitik).<sup>1</sup>

## 2. Von der Interessen- zur Identitätspolitik

Der programmatische Titel der Regierungserklärung (2000) »Österreich neu regieren« signalisiert, traditionelle Muster der Interessensvermittlung und Politikgestaltung abzulösen. Der Blick zurück auf die letzten fünf Jahre bestätigt die angekündigte Wende in der politischen Kommunikation sowie in Formen der Entscheidungsfindung. Die österreichische Variante der Verhandlungsdemokratie (Sozialpartnerschaft) ist nicht fortgesetzt worden (Tálos/ Stromberger 2005). Vielmehr fand ein Übergang vom konsensualen zum konfrontativen Stil, von der Konsens- zur Konfliktdemokratie statt.<sup>2</sup> Inhaltlich begleitet ist dieser Übergang von einer »identitätspolitischen Wende«.

Der Begriff »identitätspolitische Wende« verweist auf diskursive Praxen, die wesentliche Politikfelder mit kulturellen bzw. nationalistischen Bezügen aufladen

und Konflikte unter dem Blickwinkel von kollektiver Identität kommunizieren (vgl. Meyer 2002). Diese Wahrnehmungsrahmen stützen sich auf ein kulturelles *Wir* bzw. auf *Österreich*, die sich im Wesentlichen aus zwei Quellen herleiten: a) *Wir* bzw. *Österreich* basieren auf nationalen/nationalistischen Identitätsformationen, die Selbstbestimmung anrufen. Die internationale Isolierung der nationalkonservativen Regierungsbildung (2000) löste einen patriotischen Schub aus, politische Parteien konnten Zustimmung mit dem Hinweis auf ungerechtfertigte Einmischung in innerösterreichische Angelegenheiten einfordern (Rosenberger/ Stöger 2003). b) *Wir* bzw. *Österreich* speisen sich aus dem fremdenfeindlichen Kulturansatz der FPÖ der 1980er und 1990er Jahre, der nach innen eine Differenzierung entlang von Ethnizität und Sekundärtugenden propagiert (Wodak 2002).

Die Identitätspolitik, von der FPÖ formuliert und durch die Regierungsbeteiligung mit der ÖVP zum Regierungskurs befördert, impliziert eine Verschiebung von sozioökonomischen Themen zu identitätsangereicherten Anliegen (Dimmel/ Schmee 2005). Probleme werden quantitativ wie qualitativ weniger auf der Achse sozialer und wirtschaftlicher Interessensunterschiede verhandelt, sondern zunehmend als Themen, die sich aus der (behaupteten) kulturellen Differenz speisen. (Frölich-Steffen 2004). Die identitätspolitische Orientierung bricht mit dem nach 1945 etablierten konkordanz- und konsensorientierten Politikmodell, das sich vom Konzept des Interessenspluralismus entlang von Klasse, Schicht und Arbeit herleitet. Einige rhetorische Strategien und bildhafte Botschaften transportieren diese kulturelle Identitätspolitik. Die Metapher »Wir sitzen alle im selben Boot« dient der Schwächung der kompromissorientierten Interessenspolitik, das Bild »Das Boot ist voll« wird verwendet, um die identitätspolitische Ausrichtung zu erklären.

»Wir sitzen alle im selben Boot« signalisiert, dass ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, also darstellungsgemäß alle, an derselben Standort- und Wettbewerbspolitik interessiert sind. Das dahinter liegende konfliktverneinende Muster entwirft eine homogene Gesellschaft. Da soziale Ungleichheiten negiert werden, erscheinen Interessen, die aus ökonomischen und sozialen Unterschieden resultieren, als illegitime Partikularinteressen. Das Verschwinden sozialer Differenzierung in kulturalistischen Identitätskonstruktionen hat Konsequenzen für die revidierte sozialstaatliche Themenstruktur und trägt zur gesellschaftlichen Akzeptanz des Rückbaus sozialstaatlicher Maßnahmen bei.

Die komplementäre Metapher »Das Boot ist voll« ist auf Abgrenzung im Parteienwettbewerb angelegt. Da durch die Delegitimation sozialer Interessen wesentliche Felder der Profilierung entzogen werden, werden kulturell gedeutete Abgrenzungen relevant. Minderheiten, »Ausländer« oder »Faule« bilden die diskursiven Grenzen des *Wir*. »Das Boot ist voll« rationalisiert Exklusion und polarisiert auf der Basis kultureller, ethnischer, nationaler Differenz.

### 3. Entleerung von Politik durch Sachzwangsrhetorik

Spätestens seit den 1990er Jahren ist *Reformpolitik* zum Inbegriff für wirtschaftlich bedingtes, dezisionistisches Entscheiden geworden.<sup>3</sup> Reform und Sachzwang tauchen insbesondere in Politikfeldern auf, in denen Entscheidungen über öffentliche Leistungen und sozialstaatliche Solidarität sowie Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung verhandelt werden. Als Sachzwang dargestellte Reformen verstellen

den Blick auf Alternativen. Der »Sachzwang« definiert sowohl Probleme als auch Lösungen, wodurch einseitige inhaltliche Ausrichtungen normalisiert und als alternativlos dargestellt werden (vgl. Beigewum 2005)

Die Alternativlosigkeit läuft strategisch auf Entpolitisierung hinaus. Die Botschaft ist deutlich: Es geht nur so und nicht anders!<sup>4</sup> Konsequenzen dieser Deutung von Politik sind u. a.:

- Die Logik von Sachzwängen legt neben der politischen Alternativlosigkeit auch eine politische Nicht-Gestaltbarkeit aufgrund wirtschaftlicher Globalisierung und nationaler Entgrenzung nahe.
- Der Inhalt des Sachzwangs erscheint interessenlos. Wenn es keine Alternative gibt, kann es, so die Rationalisierung, keine unterschiedlichen Interessen geben – alle wollen im Sinne der gemeinsamen Sache das Gleiche.
- Wenn Politik als das Aushandeln von Interessenunterschieden interpretiert wird, dann erübrigt sich unter der Prämisse des *Sachzwanges* das Verhandeln. Denn wenn es keine Alternativen gibt, macht ein Kompromiss keinen Sinn.

Die sachzwangbedingte Reform enthält aber doch inhaltliche Dimensionen, nämlich Alternativen zu auf kollektiver Solidarität beruhenden Sozialstaatsmodellen. Diese Alternativen können mit Margaret Thatcher formuliert werden: »There is no such thing as society. There are individual men and women, and there are families.«<sup>5</sup> Thatcher entwirft die Alternative zu Gesellschaft, indem sie Vereinzelung von Menschen und deren Bündelung in Familien idealisiert und Solidarität mit Verwandtschaft verknüpft.

#### 4. Resümee

Als Resümee sei festgehalten, dass bezogen auf Österreich selbstverständlich nicht jede ideologische und politik- und gesellschaftsrelevante Verschiebung mit dem Regierungswechsel von der Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP zur Koalition von ÖVP und FPÖ/BZÖ zu erklären ist. Gerade auf dem interessen- und sozialpolitischen Feld handelt sich auch um Einflussfaktoren, die mit Europäisierung, Entnationalisierung und Globalisierung, also mit Grenzverschiebungen in einem internationalen Kontext zu tun haben. Dies trifft auch auf die oben skizzierten Verschiebungen zu, Reformrhetorik und kollektive Identitätsanrufungen liegen zweifelsohne im europäischen Trend. Das Besondere an der österreichischen Variante aber ist, dass damit nicht nur mit sozialpolitischen Maßnahmen gebrochen wird, sondern gleichzeitig auch die Strukturen und Prozesse der Politikgestaltung verändert und mit neuen Ambivalenzen aufgeladen werden.

#### Literatur

- Beigewum – Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hg.) (2005) *Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen*. Wien.
- Campbell, David, F.J. (2002) Zur Demokratiequalität von politischem Wechsel, Wettbewerb und politischem System in Österreich, in: David F.J. Campbell/ Christian Schaller (Hg.) *Demokratiequalität in Österreich*, Opladen, 19-46.
- Frölich-Steffen, Susanne (2004) Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, in: *ÖZP*, Heft 3, 283-308.

- Dimmel, Nikolaus/ Josef Schmee (Hg.) (2005) Politische Kultur in Österreich 2000 – 2005, Wien.
- Meyer, Thomas (2002) Identitätspolitik. Vom Missbrauch des kulturellen Unterschieds, Frankfurt am Main.
- Müller, Albrecht (2004) Die Reformlüge. München.
- Müller, Wolfgang, C./ Marcelo Jenny (2004) »Business as usual« mit getauschten Rollen oder Konflikt- statt Konsensdemokratie? Parlamentarische Beziehungen unter der ÖVP-FPÖ-Koalition, in: ÖZP, Heft 3, 309-325.
- Rosenberger, Sieglinde/ Christian Stöger (2003) »... Eine freie Meinung äußern dürfen ...«, in: Anton Pelinka/ Ruth Wodak (Hg.), »Dreck am Stecken«. Politik der Ausgrenzung, Wien, 75-92.
- Tálos, Emmerich/ Christian Stromberger (2005) Zäsuren in der österreichischen Verhandlungsdemokratie, in: Ferdinand Karlhofer/ Emmerich Tálos (Hg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven. Wien, 79-108.
- Wodak, Ruth (2002) Discourse and Politics: The Rhetoric of Exclusion, in: Ruth Wodak and Anton Pelinka (eds), The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick and London, 33-60.

## Anmerkungen

- 1 Teile des Beitrages finden sich in einem von Helmut Kramer/ Karin Liebhart/ Friedrich Stadler herausgegebenen Sammelband: Nation – Kultur – Widerstand, Wien 2006 (im Erscheinen).
- 2 Dieser Übergang wird u. a. an geänderten parlamentarischen Entscheidungsmustern festgestellt (so ist der Anteil der Gesetzesbeschlüsse durch die Regierungsmehrheit gegen die Stimmen der Opposition gestiegen; vgl. Müller/ Jenny 2004).
- 3 Für eine radikale, allerdings auch undifferenzierte Abrechnung mit der Rhetorik und der Substanz der Reformpolitik siehe Albrecht Müller, Die Reformlüge. München 2004
- 4 Die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher dazu: »There is no alternative«.
- 5 Margaret Thatcher in einem Interview in der Zeitschrift »Women's Own«, 31. Oktobere 1987. Zitiert nach Alan Scott/ Brigitte Scott (2003) Der britische Sozialstaat – ein Experiment in »Self Governance«. In: Sieglinde Rosenberger/ Emmerich Tálos (Hg.) Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven, Wien, 28-46.